

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 26 (1923-1924)
Heft: 7

Artikel: Sozialistische Wirtschaftspolitik in Deutschland
Autor: Jenny, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-748375>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Arbeitszeit ernstlich bedroht. Das Recht der Arbeiterschaft auf ein menschenwürdiges Dasein, ausreichenden Lohn und genügend Freiheit, um an den wertvollsten Kulturgütern einer zivilisierten Gesellschaft teilnehmen zu können, wurde im Versailler Friedensvertrag von den Regierungen der dabei beteiligten Staaten ausdrücklich anerkannt.

Es wäre gefährlich, den Arbeitern das schlimme Beispiel zu geben, dass solche Erklärungen und Versprechen nur in Zeiten gelten, wo man sich vor ihnen fürchtet. Jedenfalls werden die organisierten Arbeiter unter solchen Umständen niemals endgültig auf die 48-Stundenwoche verzichten. Die erste sich bietende Gelegenheit würde dazu benützt, den Kampf um die Wiedereroberung verlorener Positionen in einer Weise zu führen, die unserer Volkswirtschaft und unserem Lande vermutlich mehr Kosten und Schaden verursachen würde als die durch die Revision des Art. 41 erwarteten Vorteile wert sind.

Solche Erwägungen werden auch dem Fernstehenden zu denken geben, für uns bilden sie triftigen Grund, am 17. Februar nächsthin gegen die Revisionsvorlage zu stimmen.

BERN

AUGUST HUGGLER



SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DEUTSCHLAND

Ohne einen offen ausgesprochenen und zu einheitlichem System zusammengefassten Plan wird die deutsche Volkswirtschaft immer tiefer in sozialistische Experimente hineingestoßen. Zu offener „Sozialisierung“ reicht die politische Macht des Sozialismus noch nicht aus; denn dazu bedürfte es eines unanfechtbaren Übergewichts. Doch ihre Gefolgschaft, ohne die keine Regierung im heutigen Deutschland sich halten könnte, lassen sich die Sozialisten unter unaufhörlichem politischen Kuhhandel stückweise durch Regierungsmaßnahmen erkaufen, die unmerklich die deutsche Volkswirtschaft auf sozialistische Methoden umstellen. In der Lohngesetzgebung, in Steuersystemen mit sich immer mehr verstärkendem konfiskatorischen Charakter, in Verwaltungsmaßnahmen aller Art

findet dies seinen Ausdruck. Dies ist schon so weit gediehen, dass beispielsweise auf manchen Gebieten die Dinge völlig auf den Kopf gestellt sind und bisher übliche Begriffe eine neue Fassung erheischen.

In nichts zeigt sich dies vielleicht so deutlich wie in dem bisher gebräuchlichen Sinn des Wortes „Lohndruck“. Es bedarf schon einer völligen Umkehrung, wenn es heute nicht zu einem Unbegriff werden soll. „Lohndruck“ hieß für unser bisheriges Verständnis nationalökonomischer Vorgänge gemeinhin derjenige Druck, durch den die Arbeitslöhne vermittels rücksichtsloser Geltendmachung sozialer und wirtschaftlicher Übermacht, ja durch das wuchtige Schwergewicht der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation niedergehalten wurden. Unter Lohndruck verstand man also einen Druck *auf* die Lohngestaltung. Heute ist, wer die Verhältnisse näher kennt, versucht, den Begriff dahin umzuprägen, dass man damit denjenigen Druck verstehe, der von der Lohngestaltung ausgeht und seitens der Lohnempfänger ihrerseits auf die gesamte übrige Wirtschaft, also *von* der Lohngestaltung, ausgeübt wird.

Während des Krieges hat sich diese Umwandlung angebahnt, und seit dessen Ende hat sie sich so radikal vollzogen, dass gegenwärtig die einstigen Druckverhältnisse der Volkswirtschaften in ihr Gegenteil umgeschlagen sind. Und zwar, wenn auch in verschiedenem Grade, in allen Ländern, wobei natürlich die in ihrer Wirtschaftsstruktur vom Kriege stärker mitgenommenen Staaten (auch diejenigen der Sieger!) am meisten in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Was sich dabei zutrug, ist im wesentlichen folgendes. Überall hat sich das *politische* Übergewicht im Inneren der Staaten nach der Seite der unteren Bevölkerungsschichten verschoben. So zwar, dass diese Umwälzung in der politischen Einflussnahme der Klassen umgehend und unmittelbar in *ökonomische* Machtverschiebungen auswirkte.

Professor Franz Oppenheimer hat längst den Versuch gemacht, eine Theorie der „Reinen Ökonomie“ zu begründen und dabei die Trübung der ursprünglich kristallklaren Beziehungen der wirtschaftlichen Beziehungen durch das Eindringen des „po-

litischen Mittels“ in dieselbe herauszuarbeiten. Sobald solches geschieht, wird die an sich bestehende Harmonie im Spiel der ökonomischen Kräfte gestört, der natürliche Verlauf der wirtschaftlichen Prozesse gehindert, die selbsttätige Steuerung der „reinen“ Wirtschaft hintertrieben, die durch die ökonomischen Gesetze vorbestimmten Ergebnisse gefälscht. Aus den theoretischen Deduktionen Oppenheimers, die durch viele historische Forschungen belegt sind, ergibt sich, dass viel Wahres an seinen Ausführungen ist. Nur haftet ihnen eine große Einseitigkeit an. Spreizbeinig auf Ricardo und Marx stehend, vereinigt er die Theorie des einen von der Bodenrente mit derjenigen des anderen vom Mehrwert dahin, dass er folgendes zum Ausgangspunkt und zum Gipfelschluss seiner Lehre werden lässt: solange jedem Wirtschaftler wirklich freie Betätigungsmöglichkeit gegeben ist — und diese scheint Oppenheimer allein in der ungehinderten Bodenbenutzung gewährleistet — kann es niemals geschehen, dass beim Gütertausch ein Mehrwert dem einen Teil abgepresst wird. Wo keinerlei Gewalt sich in die Wirtschaft einmischt, da vollzieht sich im freien Tausch der Umsatz gleicher gegen gleiche Werte. Erst wenn das wichtigste Nutzungsgut, der Boden, der beliebigen und unbeschränkten Benutzung jedes Reflektanten entzogen wird, kann auf der einen Seite die Bodenrente entstehen, der als Widerspiel auf der anderen Seite der menschlichen Arbeit abgenötigte Mehrwert seine Entstehung verdankt. Die primitivste und durch die ganze Geschichte fortdauernde Einmischung der politischen Gewalt in die „reine Ökonomie“ betraf stets den Boden; es wurde die *Bodensperre* hervorgerufen und mit ihr die mannigfachen *politisch-ökonomischen* Abhängigkeiten.

Die höchst beachtlichen Gedanken Oppenheimers spitzen sich also zu der Einseitigkeit zu, als ob ausschließlich von der Bodensperre ausgehend sich übermächtige Stellungen gewaltsam in dem Betrieb der Wirtschaft herauszubilden vermöchten. Gerade die Entwicklung der letzten Jahre lässt nun diese irrtümliche Einseitigkeit stark hervortreten und drängt uns die Frage auf: Muss der Druck, der sozialökonomische Gleichgewichte stört, wirklich einzig vom Bodenmonopol ausgehen?

Können nicht auch die anderen Produktionsmittel, Arbeit oder Kapital, einer monopolistischen Sperre unterliegen, wobei sie der Versuchung erliegen, ihre Kontrahenten durch Anwendung des „politischen Mittels“ aus dem normalen Austausch herauszudrängen und zu benachteiligen? Dass dies der Fall ist, darüber kann kein Zweifel sein!

Je nach vorherrschenden Wirtschaftsmethoden hat bald der eine, bald der andere Produktionsfaktor die Oberhand gehabt, sich die politischen Machtmittel dienstbar zu machen verstanden und sich ihrer bedient, um die übrigen zu bedrängen und in ihrem Ertrag zu kürzen. Im Feudalzeitalter war die Macht der Inhaber der Bodenrente überragend und daher „vorherrschend“, d. h. der Grundherr gewann die Vorherrschaft. In dem Maße verstärkter Industrialisierung ging ein Teil dieser Vormachtsstellung an das bewegliche Kapital über. Die heutige Entwicklung beweist nun, dass auch das Element der *Arbeit* unter günstigen Verhältnissen das politische Übergewicht an sich reißen und dadurch die Bezüge sowohl der Bodeninhaber als der Kapitalbesitzer über Gebühr schmälern kann. Die heute in allen Ländern betriebene Gewerkschaftspolitik erstrebt in keiner anderen Weise ein Monopol, als es die Bodensperre oder ein vertrustetes Industriekapital je und je getan. Ganz zu schweigen von den Auswüchsen der im Achtstundentag gegebenen „Rationierung der Arbeit“, die eine teilweise sehr schroffe „Sperre“ der Arbeitsleistung in sich schließt. Kann die wohlbedachte Anwendung des politischen Mittels deutlicheren Ausdruck finden als in dem beliebten Wort der Arbeiterführer in den heutigen Generalstreikbewegungen aller Länder, „die Hand an die Gurgel des Staates zu legen“? Man beachte in dieser Beziehung das offen erpresserische Vorgehen der Berliner Buchdrucker, die ohne Rücksicht auf die Rentabilität des investierten Kapitals Löhne abnötigten, die in der ersten Augustwoche 36 Millionen Mark ausmachten! Dies geschah unter Ausnützung des Notstandes des Staates, der unter der Einwirkung des Stillstandes in der Reichsdruckerei der Umwälzung rettungslos entgegengehen zu sollen schien. Die Regierung sah sich gezwungen, den Druckereiunternehmungen unter Hinweis auf den hereinbrechenden kommunistischen

Umsturz die Gewährung der Forderung nahe zu legen und die Bevorschussung der riesigen Lohnsummen auf sich zu nehmen. Der Erfolg ist, dass infolge des verlustreichen Druckereibetriebes die meisten Typographien und sonstigen graphischen Anstalten vor der Stilllegung stehen, der Volksgesamtheit aber jedenfalls ungeheure Lasten zugunsten eines Berufsstandes aufgewälzt werden. Dies nur ein Beispiel unter Tausenden.

Die Arbeiter übersehen bei ihrem Kampfe um ihr Auskommen, dass auch das Kapital auf eine „auskömmliche“ Rente angewiesen ist. Denn rentenloses Kapital hört sehr bald auf, Kapital zu sein, d. h. zur Weitererzeugung von Gütern Verwendung zu suchen und sich zu erneuern. In letzterer Hinsicht bedarf es nicht minder des dauernden Zuwachses zur Wiederersetzung seiner verbrauchten Bestandteile, als der menschliche Organismus. Eine Fabrikanlage, die dauernd außer Betrieb gesetzt wird, wird zu Alteisen und Bauschutt, ob sie auch aus den feinsten und vollkommensten Maschinen bestehen mag. So gut wie wir nun aus der Geschichte des modernen Arbeiterschutzes Zeiten kennen, in denen die Volksschichten verkümmerten, die als Träger des Produktionsfaktors „Arbeit“ gelten, so gut erleben wir heute, dass das Kapital der Verkümmerng anheim zu fallen droht. Und zwar infolge des Missbrauches der „politischen Mittels“! Denn darin hat Oppenheimer unbedingt Recht, dass unter tauschenden Parteien in einer „reinen“, d. h. von keiner Einmischung politischer Gewaltmittel verfälschten Wirtschaft sich von selbst eine Scheidelinie herstellt, welche keine der Parteien benachteiligt und die Wirtschaftsergebnisse in harmonischer Weise zur Verteilung bringt. Eine solche Wirtschaft wird sich in allen Teilen stets ebenmäßig regenerieren. Anders, wo das politische Mittel, als offene oder versteckte Gewalt, den Verteilungsschlüssel zwischen Arbeit, Kapitalzins, Unternehmergewinn und Bodenrente mitbestimmt. Dann wird die Harmonie, das „Gleichmaß“, gestört, indem die eine Seite in gefährliche Hypertrophie, die andere in Verkümmerng verfällt, — beides zum Verderben der Gesamtheit.

Die tiefgreifendste sozialökonomische Wandlung, die sich

seit dem Weltkrieg vollzog, beruht darin, dass die Arbeit durch Zusammenschluss sich zu einem Monopol aus der Wirtschaftsharmonie herauszuheben versucht und hierbei unter Anwendung aller Hebel *politischer Macht* einen Druck auf die übrigen Produktionsfaktoren ausübt. Das und nichts anderes ist die Politik der Gewerkschaften in allen Ländern geworden! Unter Außerachtlassung jeder Rücksicht auf Leistung wird die Arbeit kontingentiert, also in gewissem Sinne *gesperrt*, immer einseitiger aus dem Spiel der freien Vertragsschlüsse herausgehoben und *bevorrechtet*. Die Parallele zu der von Oppenheimer charakterisierten und als aller sozialen Übel Anfang einseitig gebrandmarkten „Bodensperre“ ist bei dieser *Arbeitssperre* in die Augen springend, wenn man nur die Dinge unbefangen betrachtet. Drückte in den Zeiten vor dem Kriege manchmal das feine Hebelwerk politischer Macht, das in jeder Gesetzgebung gegeben ist, empfindlich auf die Seite der Arbeit, so ist das Gegenteil eingetreten: die Massen haben sich jetzt in einem Maße der politischen Maschinerie bemächtigt und handhaben sie mit so rücksichtsloser Eigensucht, dass sie nicht nur dem Kapital dessen gerechten Verdienst vorenthalten und die zur Neubildung erforderlichen Gewinne abpressen, sondern sogar dessen Substanz ausquetschen. In ihrer schnappenden Gier übersehen sie darob, dass sie letzten Endes ihr eigenes Nahrungsfeld verengern. Auch hier stört also das politische Mittel die natürliche wirtschaftliche Harmonie, das Gleichmaß der Erzeugungskräfte der Güter. Denn ebenso sehr, wie ein überspannter, die Arbeitskraft der Verkümmern preisgebender Kapitalismus sich selbst schädigt, ebenso sehr richtet sich ein Volk zugrunde, das durch Aufzehrung der Kapitalkraft in Verarmung verfällt. Arbeit wie Kapital begehen die gleiche Sünde, wenn sie unter Missbrauch des politischen Mittels Monopole errichten, „sich sperren“, die Scheidelinie der normalen Gewinnquoten gewaltsam verschieben. („Normal“ heißt hier so viel wie lebenserhaltend.) Hier wie dort wirken Monopole und Sperren, die die freie Wirtschaft durchbrechen, verderblich auf die Gesamtheit der Volkswirtschaft. Auf politischer Gewalt beruhende Begünstigung eines der ökonomischen Grundelemente lähmt den Lauf der Wirtschaft, einerlei ob sie, wie

Oppenheimers scharfsinnige Analyse es sah, vom Grundbesitz ausgeht, oder, wie heute eklatant ist, von der Lohnarbeiterschaft.

BERLIN

ERNST JENNY



ZWEI BRIEFE

(GLOSSEN ZUM ART. 41 DES FABRIKGESETZES)

I

Geehrter Herr Direktor!

Ich will Ihnen, da Sie es wünschen, gerne meine Meinung über das Gesetz sagen, dessen Schicksal am 17. Februar entschieden wird. Aber gestatten Sie mir, dass ich mich nicht in Einzelheiten verliere, sondern dass ich die großen Linien festhalte. Über das Gesetz wird viel geredet und geschrieben, der großen Fragen aber recht wenig gedacht.

Ich bin gegen die Revision. Nicht weil ich für den gesetzlichen Achtstundentag als starres Schema bin. Aber es scheint mir, dass gerade dieses Gesetz die klare Stellung zum Achtstundentag nur verschleiert, dass es jeder ehrlichen Auseinandersetzung mit den Leuten, denen man anno 1918 fast das Blaue vom Himmel holen wollte, aus dem Wege geht. Es will nur denen gerecht werden, die sich heute auf die Dehnbarkeit des Gesetzes berufen, um morgen gegen die Anwendung eben dieser dehnbaren Bestimmungen über die Arbeitszeit zu protestieren. Soviel was den allgemeinen Charakter der Revision anbelangt. Was aber deren materielle Wirksamkeit betrifft, die Erhöhung der Arbeitszeit um zwei Wochenstunden gegenüber der heute schon möglichen und zur Zeit auch in Ihrem Betriebe eingeführten Zweiundfünfzigstundenwoche, so glaube ich, dass an diesen zwei Stunden die Rettung unserer Industrie nicht liegt. Wir befinden uns heute immer noch unter den Nachwirkungen des Krieges, den Schwankungen der Valuten, der krankhaften Veränderungen der nationalen Preisverhältnisse, Faktoren, die eine um vieles größere Bedeutung haben, als eine Verlängerung der Arbeitszeit um 3 bis 4 Prozent.